

Korrespondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig, illustr. Unterhaltungsblatt
n. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktberichterung.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile über dem Stamm der Wochenschrift am 20. St. im Vormerkung 40 Pf. Bei häufigerem Ges. nachdrucklicher Anzeigen, Gebüh. für Streifenlagen nach Vereinbarung. Für Nachstellungen und Offertenanfragen besondere Besorgung, nach Anweisung mit Vorzugsrecht. Geschäftszeit Dienstag bis Freitag von 9 Uhr Vormittag bis 10 Uhr Abends. Sonntags bis 9 Uhr. Zusendung von 10 Uhr vorwärts.

Nr. 283.

Mittwoch den 3. Dezember 1913

40. Jahrg.

Schlechte Ausreden.

Die konervative Partei hat im letzten Frühjahr mit großer Emphe durch ihre Wortführer erklären lassen, daß für die Militärvorlage und Dedungs- vorlage ein ungetrenntes Ganzes bildeten, und daß man das eine nicht ohne das andere bewilligen dürfe und könne. Als es aber zum Klappen kam, stimmten die Konserverativen gegen die Vermögenszuwachssteuer, die nebst den anderen, gleichzeitig zur Beratung stehenden Steuern ausdrücklich zur Deckung der neuen Verordnungen bestimmt war, sie haben damit also den Reichtum zu seiner Verteidigung nötigen Mittel vorenthalten. Das ist so klar, daß man dar- über eigentlich kein Wort verlieren könnte. Die Konserverativen aber, die je länger je mehr gespürt haben, wie dies so ganz und gar nicht „nationale“ Verhalten von ihren eigenen Wählern im Lande mit großem Verdrusse aufgenommen wird, bemühen sich durch Anwendung vieler Worte und lebhafter Be- weisungen, die unheimlichen Kritiker zum Schweigen zu bringen. Deshalb haben sie den Führer der Partei in Steuerfragen, den Abg. Grafen v. Westarp, veranlaßt, eine ziemlich umfangreiche Broschüre zu schreiben, die den Titel trägt: „Die Wehr- und Dedungsvorlagen des Jahres 1913 und die konervative Partei“ (heraus- gegeben vom Hauptverein der Deutsch-Konserverativen in Berlin), und die, wie die „Frl. Bg.“ schreibt, dazu bestimmt ist, die taxenmäßige Reichsfinanzpolitik von allen Vorwürfen rein zu waschen.

Ein fruchtloses Bemühen! Was soll es beispiels- weise bedeuten, wenn Graf Westarp glauben machen will, der Widerstand der Konserverativen gegen eine reichseigene Vermögens- und Ver- mögenszuwachssteuer beruhe nur auf staats- und verfassungsrechtlichen Bedenken, nämlich auf der Erwägung, daß durch jene Steuern die Einzelstaaten medialisiert und ihrer Selbständigkeit beraubt werden würden? Daß dies allein oder auch nur in erster Linie für die Konserverativen maßgebend gewesen sein soll, glaubt selbst der fräustke Mann nicht; weis man doch genau aus zahlreichen Äußerungen in Veram- lungungen und in der Presse, daß die Erbanfall- steuer, die in das jetzige Vermögenszuwachs- steuergezeß, wenn auch in abgeschwächter Form, hin- eingebracht worden ist, an und für sich schon die ab- weisende Stellung der Konserverativen herbeigeführt hat. Und trifft es nicht zu, daß die konserverativen Zeitungen verlangt haben, in der Vermögenszuwachs- steuer der Regierung, die bekanntlich ebenfalls eine Spur der Erbanfallsteuer erhielt, müsse erst das bisherige Ver- steuerung des Rinder- und Gattenerbes beseitigt werden, ehe der Entwurf annehmbar sei? Jetzt aber sucht es Graf Westarp darzustellen, als ob seine Par- teifreunde von Anfang an mit Leib und Seele für die Vermögenszuwachssteuer der Regierung eingetreten wären.

Auf die verfassungsrechtlichen Bedenken der Kon- serverativen gegen eine Reichsvermögenssteuer des Näheren einzugehen, ist hier natürlich nicht der Platz, zumal, da darüber früher schon ausführlich dasNötige gesagt worden ist. Nur auf ein späziges Moment wollen wir hinweisen. Graf Westarp verwendet mehr als eine ganze enggedruckte Seite seiner Bro- schüre darauf, die Deklarationspflicht als schänd- liches Herabzuweisen, und bebauert in rührenden Worten den kleinen Geschäftsman und Landwirt, der sich mit der Selbstschätzung abplacken müsse. Aber wie steht es denn mit den Konserverativen im Abgeordnetenhaus? Haben diese etwa in der Steuerkommission des vorigen Winters gegen die Einführung der Deklarationspflicht bei den Ver- mögen gestimmt? Haben sie nicht vielmehr die Ein- führung einer deartigen Vorrichtung als einen Fort- schritt bezeichnet? Das Vermögenszuwachssteuer- gezeß dagegen sucht man den Jenksten dadurch zu berekeln, daß man sie vor der Selbstschätzung grau- lich macht. Ist das Konsequenz oder Demagogie?

Um die Ablehnung der Vermögenszuwachssteuer nicht so bedeutungslos erscheinen zu lassen, betont Graf Westarp immer wieder, daß seine Partei doch den einmaligen Wehrbeitrag zugestimmt habe. Nun haben aber die Konserverativen auch dieses Gezeß ver- schleppt, indem sie die Doppelbesteuerung bei den Aktiengesellschaften zur An- nahme brachten. Der Verfasser der Broschüre sucht allerdings auch diese Abstimmung zu rechtfertigen — mit welchen Argumenten, dafür ein Beispiel! Er schreibt:

„Es ist doch nicht richtig, wie es uns manchmal vorgehalten wurde, daß schließlich womöglich auch eine Witwe ihr ganzes kleines Vermögen, wovon sie leben soll, in Aktien anlegt, oder wenn sie das tut, dann wirtschaftet sie jedenfalls sehr leichtsinnig. Denn der Anspruch auf Dividende ist kein fester Besitz, auf den jemand, der ein kleines Vermögen hat, seine ganze Existenz aufbauen kann.“

Einen Anspruch auf Dividende erkennt der Herr Graf also nicht an, eine Bodenrente dagegen bean- spruchen die Konserverativen nachdrücklich, und zwar eine recht fette! Aus den obigen Worten spricht überhaupt wieder der ganze gemerkelnde und industriefeindliche Geist der Junker, den sie auch bei der Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften be- tätigt haben.

Zu guterletzt kommt dann die Broschüre mit der- selben Ausrede, die die Konserverativen sich schon vor fünf Monaten ausgesprochen haben, und die sie geltend machen, wenn alles andere nicht zugeht. Graf Westarp erklärt: Auch wenn dadurch eine Lücke ent- standen wäre, daß die Vermögenszuwachssteuer durch die Konserverativen, die Besitzsteuer der Regierung durch die Liberalen abgelehnt wäre, auch dann wäre das für die Militärvorlage erforderliche Geld ebenjo gesichert gewesen, wie nach der Vermögenszuwachs- steuernach der Verfassung seien die Einzelstaaten ver- pflichtet, den Fehlbetrag im Reiche durch Matri- kularbeiträge aufzubringen. Wäre es also nicht zu einer Mehrheit im Reichstage für irgend eine Vermögenszuwachssteuer gekommen, dann hätten eben die Einzelstaaten mit Hilfe der Matrikularbeiträge das erforderliche Geld hergeben müssen.

Es fällt schwer, bei einem solchen Einwand ernst zu bleiben. Wenn die Konserverativen wirklich diese Überzeugung hätten, weshalb haben sie sich dann seit Jahrzehnten mit der Ersindung und Bewilligung von Reichssteuern geplagt? Dann hätten sie doch alle Be- dürfnisse des Reichs auf die Matrikularbeiträge ab- wälzen und den Einzelstaaten die Aufbringung der Steuerlasten übertragen sollen. Das würde ja auch den föderalistischen Anschauungen der Konserverativen sehr gut entsprechen — wenn es nur durchführbar wäre. Aber das ist es eben nicht! Aus dem gleichen Grunde haben wir trotz der Matrikularbeiträge im Reiche eine Schuldenlast von fünf Milliarden.

Es ist verwunderlich, daß ein so klar denkender Kopf wie Herr Westarp mit derartigen kindlichen Entschuldigungen kommt. Aber das beweist eben, wie schwach die Position der Konserverativen in dieser Angelegenheit ist. Diese Partei würde jedoch nie- mals in eine derartige heikle Lage gekommen sein, wenn sie sich nicht seit Jahren in der Steuerfrage so unheilbar verrennt hätte. Sie wäre um den Reich der Vermögenszuwachssteuer herumgekommen, so- fern sie sich bereit erklärt hätte, an der Erbschafts- steuer mitzuarbeiten. Aber da liegt der Ursprung allen Übels. Obwohl die Besteuerung des Rinder- erbes weder konserverativen noch spezifisch agrarischen Grundfragen widerspricht, obwohl im Gegenteil Kon- servative wie Agrarier noch vor wenigen Jahren dieser Besteuerung wohlwollend gegenüberstanden haben, ist die Erbanfallsteuer plötzlich für die Partei der Rechten zum roten Tuch geworden, dessen Anblick ihr jede Besinnung raubt. Ans will scheinen, es wird bei Junker noch mehr als einmal gerufen, sich mit dem Wüten gegen die Erbanfallsteuer in eine tiefe Sadgasse verrennt zu haben.

Der „Wahlrechtsraub“ in Altona.

Die Redensart vom Wahlrechtsraub in Altona, die von der Sozialdemokratie gegen die fortschrittliche Volkspartei vorgebracht wurde, ist durch den Ausgang der dortigen Stadtverordnetenwahlen glänzend ab absurdum geführt worden. Bekanntlich protestierten die Sozialdemokraten dagegen, daß die Stadt Altona in Bezirke eingeteilt und die Wahlen nach diesen Bezirken stattfinden sollten; sie glaubten nämlich, die Majorität über die ganze Stadt erhalten und damit familiäre Mandate erobern zu können. Sie beschuldigten daher die Liberalen des „Wahl- rechtsraubes“, weil sie die vernünftige Einteilung in Wahlkreise vornahmen und so verhindern wollten, daß alle Sitze in der ganzen Stadt einer und der- selben Partei zufallen würden, was sicherlich un- gerecht ist.

Die Wahlen haben nun ergeben, daß die bürger- lichen Wähler erfreulicherweise über die ganze Stadt gerechnt die Mehrheit bilden. Und zwar erhielten sie am ersten Wahltage 7974 und die Sozialdemo- kraten 7665 Stimmen, am zweiten Tage jene 7839 und die Sozialdemokraten nur 7466 Stimmen. Wenn es nach dem Willen der Sozialdemokraten ge- gangen wäre und die ganze Stadt einen einheitlichen Wahlkreis gebildet hätte, so hätten also die Sozial- demokraten nicht ein einziges Mandat erhalten. Jetzt aber haben sie es den Liberalen in der Stadtveror- detenversammlung zu verdanken, daß ihnen von den zur Wahl stehenden 15 Mandaten immerhin 6 zu- gefallen sind. Denn sowohl im zweiten wie im fünften Bezirk der Stadt konnten sie die Mehrheit erringen und daher die dort anstehenden Mandate er- werben. Es zeigt sich hier die ganze Torheit des sozialdemokratischen Gezeßes; gerade die Einteilung der Stadt in Bezirke sichert den Sozialdemokraten Mandate, die sie sonst nicht erhalten hätten.

Erfreulich ist bei der Wahl in Altona das Wachst- um der bürgerlichen Stimmen, die um mehrere Hundert zunahm, während aus hier die Sozial- demokratie trotz ihrer pompösen Worte von „Wahl- rechtsraub“ usw. einige hundert Stimmen einbüßte.

Zabern und der Reichstag.

Aber die Zaberner Vorgänge herrscht überall im Bürgertum Entrüstung. Und auch die Organe der öffentlichen Meinung sind in ihrer überwiegenden Mehrheit darin eins, daß die Herrschaft des Militärs in Zabern auf ungesetzhelcher Grundlage beruht und daß schleunigste Remedur geschaffen werden muß, um das Ansehen des deutschen Landes vor Übergreifen zu schützen. Nur die agrarische Presse scheint sich in ihrem Sadelstapfen nicht der Tatsache bewußt zu sein, eine wie außerordentlich schwere Schädigung des deutschen Namens in dem Verhalten der betr. Offiziere vom 99. Regiment liegt. Die „Deutsche Tageszeitung“ wenigstens reut sich keineswegs über die unerhörten Taten in Zabern auf, wohl aber über die „Übertreibungen“, die die Pariser Presse vorge- nommen haben soll. Daß für die französischen Blätter die Angelegenheit ein gefundenes Fressen ist, wer kann ihnen das verargen? Daß aber nicht hier, sondern eben in den Taten des Militärs der Urgrund des Skandals liegt, darüber sollte sich doch jeder nationalgepönte Mensch ohne weiteres klar sein. Man sieht auch hier wieder einmal, wie der Über- militarismus geradezu dahin führt, die nationale Würde in den Hinterrund treten zu lassen.

Wir Liberalen sind uns in diesen ernsten Tagen darin einig, daß das Schmerzlichste bei den Zaberner Vorfällen die Beinträchtigung des deutschen An- sehens ist. Diese Beinträchtigung liegt darin, daß die Militärverwaltung sich über die gesetzlich zur Auf- rechterhaltung der Ruhe und Ordnung bestellte Zivil- verwaltung hinwegsetzt und eine Schredensherrschaft aufrichtet, die jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt. Die Hüter des Vaterlandes und des Gezeßes in einer Tätigkeit, die den Gezeßes des Landes zuwidersteht!

Ein schwererer Schlag als dieser kann einem Lande nicht zugefügt werden, das auf konstitutioneller und kultureller Basis beruht. Nur die allerhöchste Bestrafung der Schuldigen kann die Sühne herbeiführen für eine Verletzung, die vom vaterländischen Standpunkt aus so fälschlich zu beurteilen ist, als so manches Vorkommnis, über das die „nationalen“ Politiker und Blätter in ihrem nationalstijfischen Dunkel die Nase rümpfen. Wer, wie es hier geschah, im Besitze der Macht friebende Bürger verhaftet und in dunkle Zellen sperrt, wer ohne zureichenden Grund und Anlaß ein Blutbad androht, der handelt, mag er sich noch so sehr für einen großen Patrioten halten, objektiv im höchsten Maße unpatriotisch und vaterlandsschädigend.

In Zabern ist der namentlich in den Reichslanden niemals völlig zum Schweigen gekommene Gegensatz zwischen Zivil- und Militärverwaltung zum offenen Ausdruck gekommen. In jedem Kulturstaat hat in Friedenszeiten die Zivilverwaltung die bürgerliche Ordnung aufrecht zu erhalten; die Militärverwaltung ist nur ihr dienendes Glied. In einem Staat, wo die Militärverwaltung Polizei spielt, Verhaftungen vornimmt und die Verhafteten verhört, herrscht entweder Kriegszustand oder eine Willkürherrschaft von Autokraten. Etsch-Verhörungen oder ist ein moderner Rechtsstaat; hier hat sich das Militär nicht in die Geschäfte der Zivilverwaltung eingemischt, und wenn dies dennoch geschieht, so werden die fundamentalen Grundzüge unseres Staatslebens verletzt. Wenn Reichs- und Staatsbehörden nicht vollkommene Genugtuung durchsetzen können, so bedeutet dies die Vankrotterklärung der Ordnung, auf der unser Staatswesen aufgebaut ist.

Dem Herrn Reichskanzler ist offenbar die tiefe staatsrechtliche Bedeutung der Vorgänge, die sich in Zabern abgespielt haben, zum Bewußtsein gekommen. Aus seiner am Montag abgegebenen Erklärung im Reichstage, in der er sich hinsichtlich der Würdigung der tatsächlichen Ereignisse bis zur völligen Klärung noch Reserve aufreichte, klang doch die klare Absicht heraus, die ungeschicklichen Eingriffe der militärischen Behörden in die polizeilichen Angelegenheiten nicht zu dulden, sondern einschneiden zurückzuführen. Er will, wie er sagte, „die Autorität der Gesetze“ schützen, und diese ist einzig und allein von der Militärgewalt beeinträchtigt worden. Man darf annehmen, daß der Reichskanzler vor energischen Mitteln und Wegen nicht zurückweicht, um dem gefährdeten Recht und der verletzten Bürgerfreiheit Genugtuung zu verschaffen. Wenn dies am Mittwoch geschieht, so hat damit freilich der Reichskanzler nichts außerordentliches geleistet, sondern hat nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan, die darin besteht, Recht und Gesetz zu schützen, gegen was es auch sei.

Als ein schwerer politischer Fehler muß es jedenfalls betrachtet werden, daß man einen Mann wie den General v. Deimling, dessen Aufreiter seinerzeit im Reichstage ein so ausgesprochenen Mangel an Takt aufwies, auf einen so schwierigen Posten wie den des kommandierenden Generals in Straßburg gesetzt hat, in allererster Linie das Vorhandensein von großen Takt erfordert. Aber bei uns werden ja leider derartige Stellenbesetzungen ohne Zustimmung der verantwortlichen Leiter der Politik allein auf Wunsch des Militärs vorgenommen. Wenn der jetzige Vorfall dazu beiträgt, auf diesem Gebiet Wandel zu schaffen, was im Interesse des Vaterlandes unbedingt erforderlich erscheint, so würde die traurige Affäre von Zabern doch schließlich noch von Segen sein.

Die Vorgänge in Zabern

nehmen allmählich eine Entwicklung an, die überall das lebhafteste Erstaunen und den beständigen Anruf hervorruft muß — Erstaunen und Unwillen über das Verhalten gewisser militärischer Instanzen. Nicht nur private Berichterstatter, sondern auch das offizielle „Politische Telegraphen-Bureau“ muß davon Meldung machen, daß das Militär in Zabern sich gegenüber der Zivilverwaltung anerkennendste Maßregeln unternommen hat, ohne irgendwie ein Recht dazu zu haben. Und alles das darum, weil Streikungen hinter diesem oder jenem Unkenntnis Bemerkungen machen, deren Wortlaut oft noch gar nicht einmal festgelegt werden kann!

In einer **journalistischen Verlesung** zu Ingweiler, in der der Reichstagsabg. Krosener sprach, wurde folgende Resolution angenommen: „300 in einer öffentlichen Versammlung des Reichstagsabgeordneten Ingweiler vereinigte Bürger bedauern lebhaft die Vorgänge in Zabern. Zunächst weisen sie energisch die den schlagbringenden Reden zugefügten Beleidigungen zurück. Sodann erheben sie Protest gegen die Ungehörigkeit, mit der sich das Militär am 28. November das Recht auf die Straße anmaßte, obwohl kein Anlaß zu solchen Vorgängen gegeben war. Sie erwarten, daß eine Wiederholung auf das strengste vermieiden wird und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Vorgänge sind um so bedauerlicher, als sie in dem reichsfeindlichen Kreise des Reichslandes erfolgt sind.“

Die „**Königliche Zeitung**“ schreibt: „Der Zaberner Vorfall ist mehr als eine Frage der militärischen Disziplin, und über seine andern Seiten wird man sich bei den kommenden Interpellationen noch ausgiebig zu unterhalten haben. Inzwischen scheint uns aber schon das eine beweisen zu sein, daß hier mili-

tärische Disziplin und landsmannschaftliches Empfinden in Konflikt gekommen sind, dessen Wiederholung gerade auf diesem Fleck deutscher Erde mit allen Kräften verhindert werden muß. Hätte man es bei der alten Lösung belassen, die schlagbringerischen Reden in die Regimenter des Reichslandes einzutreiben, so wäre der Konflikt unmöglich gewesen. Nun andern lehrt der Vorfall, wie es nötig ist, in unsere wichtige Grenzmark nur Offiziere von erprobtem Charakter zu senden, bei denen man sich keinerlei Entgleisungen zu versehen hat. Müßte die Militärbehörde nach beiden Richtungen hin Remissiv eines einzigen Bürgers nicht möglich sein, vor einem zweiten Fall haben bedacht zu bleiben.“

Die **tarie Anfrage** der ersäßigsten Abgeordneten Dr. Haag, Thumann und Winder hat folgenden Wortlaut: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in Zabern im Etsch am Freitag, 28. November, Offiziere des 99. Infanterieregiments, ohne von der Polizeibehörde requiriert worden zu sein, einen Zug Soldaten mit ansehnlicher Menge Bajonetts und mit geladenem Gewehr gegen das Publikum auf der Straße vorgehen ließen? Welche schärfenden Maßnahmen gegen den Herr Reichskanzler zu ergreifen, um Übergriffe des Militärs vorzubeugen, welche die Gefahr blutiger Ereignisse heraufbeschwören?“

Balkannachrichten.

Die **Präsidenten des rumänischen Parlaments**. Bukarest, 1. Dez. Die Kammer der Abgeordneten wählte Gontacov, Vascano und der Senat Jean Vabedary zu Abgeordneten.

Das **Gründlich Rumänien**. Bukarest, 1. Dez. Das in der Thronrede angekündigte Grünbuch über die letzte Balkankriege hat der Minister des Äußern heute an das Parlament gelangen lassen. Der zweite Band in französischer Sprache wird in einigen Tagen an die Diplomaten und die Vertreter der ausländischen Presse verteilt werden.

Der **russisch-russische Konflikt**. Konstantinopel, 1. Dez. Nach Informationen aus russischer Quelle hat der Großherr sich beim letzten Besuch beim russischen Botschafter v. Giers wegen der Verhaftung Kowalski Balchas an Bord eines russischen Schiffes entschuldigt. Der Botschafter erklärte, daß er sich mit den mündlichen Entschuldigungen nicht zufrieden setzen konnte und eine schriftliche Entschuldigung verlange. Er fügte hinzu, daß die Verletzung des Generaldirektors der Polizei nicht genüge; dieser müsse abgesetzt werden.

Eine **Krise im türkischen Kabinett**. Wie die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, begab sich das Kabinett darauf ins Palais. Man glaubt, daß der Kriegsminister Großvater wird.

Die **Wahlbewegung in Bulgarien**. Sofia, 1. Dez. Allgemeines Aufsehen erregt der Umstand, daß die Anhänger Danew von den Wählern vollständig ignoriert werden. Gernern wollte Danew in Medra und sein intimer Freund, der Minister Christian, in Strel Walden halten. Sie mußten aber die Absicht aufgeben, weil keine Wähler erschienen, obwohl die Wahllokale von den Liberalen besetzt worden waren. Dagegen haben die liberalen Regierungsparteien allgemein großen Zulauf. Dies ist umso bedeutsamer, als vielfach behauptet wurde, daß in Nord-Bulgarien die Wahlagitator der Russophilen durch den russischen Kandel stark gefördert werde. Außer den Liberalen haben die besten Wahlansichten die Agrarier, Demokraten und Sozialisten.

Die Wirren in Mexiko.

Die hierarchischen mexikanischen Rebellen scheinen sich jetzt allmählich Tampanco, der wichtigsten Stützpunkt an der atlantischen Küste, zu nähern. Ein Neuwörter Telegramm meldet: Nach einem Telegramm aus Veracruz meldet der amerikanische Konsul in Tampico, daß die Eisenbahn von Tampanco nach San Luis Potosi, 26 Meilen westlich von San Palmas, zerstört worden ist. Ob die Rebellen durch die Maßregeln lange auf ihrem Vormarsch entgehalten werden?

Der **Schuh der Deutschen**. Der deutsche Gesandte in Mexiko hat mit dem amerikanischen Geschäftsträger eine Unterredung über die Sicherheitsmaßnahmen für die Ausländer gehabt. Der deutsche Vertreter „Dreuen“ ist von Tampico in Veracruz eingetroffen.

Politische Übersicht.

Die **Wochenblätter Allgemeine Zeitung** schreibt in ihrer Wochenrundschau zu der italienischen Thronrede: „König Viktor Emanuel hat das neue italienische Parlament mit einer inhaltreichen Thronrede eröffnet, die in Italien überall beifällig aufgenommen worden ist und über die Grenzen des verbündeten Königreichs hinaus auch bei uns Zustimmung und Sympathie gefunden hat. Diese Thronrede kennzeichnet sich als ein neues bedeutungsvolles Zeugnis des vorwärtsstrebenden Geistes, von dem die Politik Italiens besonders seit dem Beginn der afrikanischen Besitzergreifung erfüllt ist. In den Worten, die König Viktor Emanuel den auswärtigen Fragen widmet, wird die vollständige Abrechnung Italiens mit den verstorbenen Mächten, dem Westen und dem Orient auf der Dreihund Jahre seit der Gründung des neuen Reiches, das Interesse Italiens an den Mittelmeerfragen wird in der Thronrede nicht vergessen. Die künftige Umgebung atmet Vertrauen und Zuversicht auf ein glückliches Fortschreiten in der Bahn des nationalen Aufschwungs, für den in Italien Krone, Parlament und Volk geschlossen zusammenstehen. Das offizielle Blatt schreibt weiter: Die an dieser Stelle ausgesprochene Erwartung, daß aus den Verhandlungen der Delegationen eine gerechtere Würdigung der von Graf Berchtold während der Balkankriege durchgeführten Politik Österreich-Ungarns hervorgehen würde, hat sich erfüllt. In ausführlichen Darlegungen, es dem Minister gelungen, den Beweis für die Richtigkeit der von ihm eingenommenen Haltung zu bringen. Auch die Politik des Dreihundes während der letzten Umwälzungen im nahen Osten ist durch die in den Delegationen erfolgten Aufschlüsse in ein helleres Licht gesetzt worden.“

Zum **Tage der 65jährigen Regierung des Kaisers Franz Josef** bringt die „Nordb. Allg. Ztg.“ an der Spitze ihrer Ausgabe vom Montagabend einen Gedenkartikel, an dessen Schluß es heißt: „In unvergleichlichem Bündnis mit Deutschland und England, die die österreichisch-ungarische Monarchie maßvoll in im Rate der Nationen heute wie vor fünf Jahren gelten die innig empfundenen Worte, die unser Kaiser, dem edlen Herrscher, dem treuen Bundesgenossen, dem mächtigen Hosi des Friedens“ widmete, als unter Führung Seiner Majestät die deutschen Bundesfürsten in feierlicher Stunde zu Schluß dem dem hohen Sublime ihre Glückwünsche darboten. Der Bericht sich das deutsche Volk heute abermals mit den Willen Österreich-Ungarns in den beständigen Segenswünschen für die Majestät den Kaiser und König Franz Josef und für die Länder, die unter ihrem Zepher zu steigender Wohlfahrt fortführen.“

Die **Österreichische Regierung** hat am Montag vormittag dem Kaiser eine Depesche in einem Besuche im Palais des Erzherzogs Friedrich ab. Um 1 Uhr mittags fand in der Hofburg bei dem Kaiser ein Frühstück statt, an dem König Alons und die in Wien weilenden Mitglieder des Kaiserhauses teilnahmen. Ein Vertrauensvotum für Graf Berchtold entfiel der Bericht des auswärtigen Ausschusses der ungarischen Delegation, der dem Minister des Äußern die Anerkennung für die in früheren Zeiten aufopferungsvoll geleisteten hervorragenden Dienste auspricht. Man sehe mit Vertrauen seiner weiteren Tätigkeit entgegen. Der Bericht schließt sich der Genehmigung des Ministers des Äußern über die Annäherung zwischen Deutschland und England und über den Mangel eines Interessengegenesses zwischen der Monarchie und Frankreich an und teilt die Hoffnung des Ministers des Äußern, daß das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Russland sich vertrauensvoller gestalten werde. — Der politische Amtstag ist für den 5. Dezember einberufen worden. Die Verhandlung Kroatiens. Das Bundespräsident Amtschäft vertritt am Sonntag die Enthebung des Barons Stericz von seiner Stellung als königlicher Kommissar und seine gleichzeitige Ernennung zum Banus von Kroatien. Das Amtschäft vertritt ferner eine Verordnung, wodurch zwei Bestimmungen des Ausnahmestandes, die Präsidienjuris und die Beschränkung des Vermögen der Angehörigen werden. — Frankreich. Die Kammer hat genehmigt die Entgegennahme langer Ausprache mit 291 gegen 270 Stimmen eine Anleihe von 1300 Millionen, wegen der die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte. Diese geringe Ziffer von nur 21 Stimmen Mehrheit für den Hauptartikel des Finanzgesetzes hat im Regierungs- und Abgeordnetenhaus die Erwartung der Ministerpräsidenten für dieses weit hinter den Erwartungen der Regierungspartei zurückbleibende Abstimmungsergebnis verantwortlich. Barthelemy wollte sein Regierungsprogramm entwickeln, weil er fühlte, daß es das Hauptargument der Opposition, diese den Bedarf höflich bis Ende 1914 deckende Anleihe eröffnen den Weg für weitere Finanzprüfungen des Staatsertrags, nicht zureichend zu widerlegen vermochte. Die Regierung wird demnach trotz dieser 1300 Millionen neue Steuern erschließen müssen, ein für die bevorstehenden Kammerwahlen höchst ungünstiges Moment. Die Fortsetzung der Einzelberatung wurde auf Dienstag vertagt.

Die **Rußland**. Die russische Delegation der Reichsversammlung hat am Montag mit allen Stimmen gegen diejenige der Opposition den Artikel des Pressegesetzes abgelehnt, der fordert, daß periodische Publikationen den administrativen Überwachungsbehörden zu vorheriger Prüfung unterbreitet werden sollen. Die Opposition wandte dagegen ein, daß diese Bestimmung die Prezensfreiheit in Bulgarien vollkommen ruhig und vollständig gegenüber, in der tiefen Überzeugung, daß sie künstlich gemacht ist; sie kann keine tiefen Wurzeln in Bulgarien schlagen. Aber tuz oder lang wird Bulgarien den allgemeinen Weg zu nehmen, die sich in Bulgarien, das es zu Russland führen wird, das immer bereit ist, ihm die Bruderschaft entgegenzutreten.

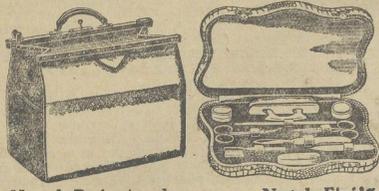
Deutschland.

Berlin, 2. Dez. Der Kaiser und die kaiserliche Jagdgesellschaft befindet, wie aus Donaueschingen telegraphisch wird, nach der Jagd gestern nachmals das Stettener Schloßchen.

Die **Dinge in Bayern** zeigen sich immer mehr zu. Herr v. Hertling hat durch die Unterstützung der Liberalen die Königstages durchgeföhrt. Durch den Übergang einiger Liberaler hat er sogar in der Justizministergeleitet. Das hat ihn so ermüdet, daß er die Ministergeleitet handbuch von neuem hingenommen hat. Die Antwort darauf hat ihm der Abg. Dr. Müller-Meininger, der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, gegeben. Dieser hielt in der Generaldebatte des Ministeriums eine Rede, die zu einer verurteilenden Kritik des ultramontanen Regimes führen sollte. Er wies an den negativen Aufstellungen der bayerischen Politik nach, daß auf sozialen, kulturellen und wirtschaftlichem Gebiete das System Hertling von Misserfolg zu Misserfolg gelangt ist. Er schilderte die Zorheiten des Ultramontanismus auf kulturellem Gebiete, wo er gegenwärtig, so daß sogar das Ministerium Hertling hier nicht mehr folgen könne. Zuletzt rief er Dr. Müller mit der wagen offenen Art des stehenden Ministers ab, der nicht notwendig habe, von seiner Presse in reflexhafter Weise gepriesen zu werden. Er forderte Hertling persönlich auf, endlich kein wenig Vertrauen erweckendes Spiel in der Königstages gegenüber den Liberalen aufzugeben und die Wahrheit kaum zu verschleiern, daß viele von Anfang an ohne seine Freitwilligkeit die Umkehrung der Regentenschaft unterstützt hätten — lediglich aus Gründen der Staatsraison. Unter großem Beifall der Linken erklärte Dr. Müller, daß man einen solchen Ministerium gegenüber, das jede verpöbende Objektivität habe verlassen und in schärfsten Kampf aufgehen könne. Er appellierte an den König, endlich die verantwortungsvollen Männer zu schaffen, damit für alle Parteien Licht und Schatten gleich verteilt seien.

Die **liberale Landtagsfraktion Bayerns** hat folgenden Beschluß gefaßt: „Die liberale Fraktion stellt einstimmig fest, daß die bei der Abstimmung über die Zivil-

F. A. Winterstein, Leipzig
Hainstr. 2 / Koffer- und Lederwaren-Fabrik



Hand-Reisetasche „Konkurrenzlos“
von braun massiv Rindleder mit kräftigem, solidem Dögel, große moderne Tasche, 40 cm Dögelänge . . . nur M. 12.50
45 cm Dögelänge . . . nur M. 13.75
51 cm Dögelänge . . . nur M. 15.50

Nr. 7482 „Nagel-Etui“
Hervorragend preiswert
enthaltend:
Auswechselbaren Nagelpoller, 2 Büchsen, 2 Scheren, Stübchen, Nagelmesser, Feile, Bürstchen, Polierslein. Im Deckel großer Spiegel nur M. 3.50

Wintersteins Konkurrenz-Koffer
Eleganter, billiger Dohnkoffer, gutes Messingschloß, flacher Schloßel, geber Metallbeschlag, 1 Einsatz, herumgehende Dögel

Nr. 05974 66x41x35 cm nur M. 20. — desgl. 3 Dögel, 2 Schloß, 2 Einsätze
Nr. 05975 76x47x38 cm nur M. 22.50 — Nr. 06708 100x53x35 cm nur M. 36. —

stänlichen feinen Lederwaren / Reise-Artikel / Hervorragend billige Preise / Passende Weihnachtsgeschenke / Nur erstklassiges Fabrikat

Verlangen Sie kostenlos meine große illustrierte Preisliste.

Frister und Rokmann
Nähmaschinen

Vertreter:
Hermann Drese, Borwert 8.

Ab!!..... das ist entweder ein Maiglöckchen-Strauß oder
Drales Illusion im Leuchtturm



Maiglöckchen, Rose, Flieder, Heliotrop Mk. 3.— und 6.—
Veilchen M. 4.— u. 8.— Neuheit: Keseda M. 3.— u. 6.—

Nähmaschinen ■ Sprechapparate

Solide Ausführung. Taschenlampen, Grammophon-Schallplatten, Ersatz- und Zubehörteile in grosser Auswahl. — Reparaturen jeder Art. Niedrige Preise.

Merseburg. Max Schneider. Schmale Str. 10.
Mechanikermstr.

Blutarmen
wird gern verordnet
Kronen-Haematogen
(Nähr- und Kräftigungsmittel) beugt bei Strabulose, Engl. Krankheit, Anämie, Schwäche, infolge längerer Krankheits im Kindes- u. Greisenalter, ist nützlich, bekämpft, wirkt kräftigend und unbegrenzt haltbar.
— Preis 1 Flasche 2 Mark.
Aber-Drogerie Wilm. Rüstlich
Fab.: Kurt Abel, Entenplan
Fernsprecher 811.

Madchen u. Frauen, auch Kindern mit dünnem, schwachem Haar, zu mal wenn Kopfschuppen, Juckreiz

Haarausfall
sich einstellt, sei folgendes Gemährt u. Billige Rezept zur Wicge des Haares empfohlen: Wöchentl. 1 maliges Waschen des Haares mit **Jander's** kombiniertem **Fräuter-Shampoo** (Bat. 20 Pf.), daneben regelmässiges kräftiges Einreiben des Haarbodens mit **Jander's** **Fräuter-Haarwasser** (Fl. 1.28 u. 2.50 M. und **Jander's** **Spezial-Fräuter-Haarwax** (Dose 66 Pf.). Grobartige Wirkung, von **Jander** bestätigt. Göt be **K. Sapper** u. **K. Riehe**, Drogerien

Dampf- und Schmidt's
Waschmaschinen,
Bringmaschinen,
Einzelwalzen,
Buttermaschinen,
Wäschemangeln
empfehlen **Gust. Schwendler**,
Merseburg, Karlstr.

Puppen-Heilanstalt!
Patienten werden zu je der Zeit aufgenommen u. zum Selbstkostenpreis der Zutaten abgeleitet.
Großes Lager in:
Puppen,
Puppenbügel,
Puppen,
Verkleiden,
Hüten,
Schuhen,
Strümpfen.
Eigene Fabrikation feiner geledeter Puppen, Puppenkleider, Wäsche usw. usw.

Spielwarendaus
Wilhelm Köhler,
Gothardstr. 5.

Deutschland-Karte,
a Stück 1 Mk.,
— ist wieder vorräthig in der
Geschäftsstelle
des Merseburger Correspondent

Reparaturen
an
Nähmaschinen,
Schreibmaschinen,
Bringmaschinen,
Sprechapparate
führt sachgemäß aus
Fritz Wegner,
Georgstr. 3. Georgstr. 3.
Mechanische Werkstätte.

Der heutigen Gesamtaufgabe liegt ein Prospekt der Firma **Georg Bernhardt**, Leipzig, betreffend „Melodia-Musik-Instrumente“, bei.

Aufmerksame Bedienung. Mässige Preise.

Karl Jänzer
Adolf Schäfers Nachfolger
Merseburg. Entenplan 7.

Spezial-Geschäft für
:: Herren-Wäsche ::
Tricotagen, Shlipse
Wäsche-Anfertigung in eigenen Arbeitsstuben.

Fernspr. 259. Solide Qualitäten. Grosse Auswahl.

Beuna Ia. Beunaer Salonbriketts
Ia. Beunaer Bruch- oder Industrie-Briketts

Prima Salonbriketts „Halore“
Prima trockenen Presstorf sowie trockenes Brennholz
empfehlen auf Grund grosser Abschlüsse billigt

Richard Beyer & Co.
Inh.: Otto Bräuninger.
Fernsprecher 78. Breite Strasse 14.
Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle.

Mit Riesenschritten
hat sich **Kavalier**
das beste Schuhpuhmittel



Eingang verschafft in den weitesten Kreisen!
Warum? Weil „Kavalier“ das Leder durchaus nicht angriff, nicht abfärbt, wasserdichten Hochglanz gibt und das Leder geschmeidig macht!
Unlon - Juggoburg

Um meine Spezialmarke „Federleicht“ in wasserdichten
Pelerinen und Bozener Mänteln
einzuführen, stelle ich dieselben bis auf weiteres mit 10 Prozent zum Verkauf.
Nur gute, erprobte Qualität bei billiger Preisstellung.

Neueste Lederbarmasche mit Innenriemen in schwarz u. farbig.
Frz. Sildebrandt, Burgstr. 5.

Der Vorschuss-Verein zu Merseburg
(E. G. m. b. H.)
nimmt
Spareinlagen
auch von Nichtmitgliedern entgegen und verzinst dieselben mit 3 1/2 — 4 % je nach vereinbarter Kündigung.
Kassenstunden: täglich von 9—1 u. 3—6 Uhr.
— Sonabends von 9—2 Uhr. —

Storzu zwei Beilagen.



Erste Beilage.

Der dritte christlich-nationale Arbeiterkongress.

Die auf christlich-nationalem Boden stehende deutsche Arbeiterchaft, die in ihren Verbänden und Unterverbänden über 1 1/2 Millionen Angehörige umfaßt, trat am Sonntag vormittag in Berlin im Konzerthaus zu dem dritten deutschen Arbeiterkongress zusammen.

Fortführung der Sozialpolitik

und die Lebensmittelerzeugung.

Der Vorsitzende Abgeordneter Behrens eröffnet den Kongress mit einer Ansprache, in der er u. a. ausführt, daß sich in dem deutschen Arbeiterkongress die interkonfessionellen, kirchlichen und konfessionellen sozialen Ständevereinigungen der christlichen und nationalen Arbeiter und Angehörigen zusammengeschlossen haben zum Zwecke der Geltendmachung ihres Gesamtwillens.

Lebensmittelerzeugung.

Der Vorsitzende Abgeordneter Behrens eröffnet den Kongress mit einer Ansprache, in der er u. a. ausführt, daß sich in dem deutschen Arbeiterkongress die interkonfessionellen, kirchlichen und konfessionellen sozialen Ständevereinigungen der christlichen und nationalen Arbeiter und Angehörigen zusammengeschlossen haben zum Zwecke der Geltendmachung ihres Gesamtwillens.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen erstattete der Vorsitzende Abgeordnete Behrens den Bericht des Ausschusses.

Der verlorene Sohn.

Roman von Elisabeth Worchart.

28. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Woher weißt du das? Du unterstellst meines Vaters keine Verbindung mehr mit dem Hause Helmbräch.“

„Ich habe aber in der Stadt noch einige gute alte Bekannte. Die schreiben es mir. Für sie ist ja der kleinste Umstand von Wichtigkeit. Was passiert auch sonst in dem Kreis.“

„Du nimmst dir also Anstand — aber vielmehr du gibst mir jetzt, reißt nach Misbro, trifft zufällig mit Helmbrächts zusammen, nächst dich ihnen — und das überste wird sich schon machen.“

„Du bist außerordentlich klug, Tante, und machst mir alles leicht bequem. Schade nur, daß du mir nicht auch noch den letzten und schwierigsten Teil abnehmen kannst.“

„Beliebigst wird er dir weniger schwer werden, als du denkst. Sieh sie dir nur erst an.“

„Und wann beschließt du, daß ich abreise?“ fragte er, während ein spöttisches Lächeln seine Lippen trauerte.

„So bald wie möglich, Morgen — übermorgen.“

„Und wer erledigt unterdeß meine Geschäfte hier in Berlin?“

„Dass ich glaube gar, du willst dir jedes Geld ab und auf meine Schultern wälzen. Was ab du damit nicht allein sorgen könntest,“ rief Fräulein Wegner jetzt ungehalten.

„Du gut,“ machte er resigniert. „Die wichtigsten Prozesse werden verlegt — für die unwichtigen habe ich einen Vertreter. Nur eins möchte ich dir noch zu bedenken geben: die Angelegenheit, die uns zu unserer heutigen Zweispache geführt hat, muß vor meiner Reise erledigt sein.“

„Meinetwegen. Doch ich knüpfte die Bedingung daran, daß du mir die gefasene Summe sofort nach deiner Hochzeit mit Inge zurückgibst.“

„Gut, es gilt.“

„Begleite mich denn zu meinem Bankier, du kannst den Schuldzinsen dort sogleich unterschreiben.“

Deutschland.

— Ausführungsbestimmungen zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Der Bundesrat hat, wie bereits gemeldet, in seiner letzten Sitzung Ausführungsbestimmungen zu dem am 1. Januar 1914 in Kraft tretenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz beschlossen, die sich in erster Linie auf den § 9 beziehen. Die Einbürgerung in einen Bundesstaat darf erst erfolgen, nachdem durch den Reichsanwalt festgestellt worden ist, daß keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat.

Der Schutz der Schmudbdögel. Auf eine Eingabe der Frankfurter Handwerker wegen des Schutzes der Schmudbdögel hat nach der „Frankf. Zeitung“ der Staatsminister des Reichskolonialamts erwidert, daß bei der Regelung des Vogelschutzes in den Kolonien die Interessen der Tierzucht berücksichtigen werden würden.

Volkswirtschaftliches.

— Eine Eingabe an den Reichsanwalt betr. reichsgesetzliche Regelung der Wettbewerbsverhältnisse haben die Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Köpenick, Hakenberg, Spandau und die Landgemeinden Friebebau, Steglitz, Trepow, Pantow, Reichenow, Köpenick und Reinickendorf gerichtet als Ergebnis der gemeinsamen Beratung Groß-Berliner Gewerkschaften über diesen Punkt.

meindevertreter über diesen Punkt. Die Eingabe enthält eine Fülle von statistischem Material über die wachsenden Zahlen der Wettbewerber, beleuchtet die bisher dagegen angewandten Hilfsmittel und kommt schließlich zu der Bitte an den Reichsanwalt, die reichsgesetzliche Regelung der Wettbewerbsverhältnisse in erster Reihe für das Baugewerbe, jedoch aber auch in anderen erfabrungsmäßig von Perioden wiederkehrender Wettbewerbsverhältnisse betroffenen Gewerbezweigen alsbald in die Wege zu leiten zu lassen. Es heißt in der Eingabe u. a.: Die häufige Regelung der Wettbewerbsverhältnisse hat bereits Vorgänger in anderen Wettbewerbsverhältnissen, wie die Zwangsversicherung in Bayern, z. B. England, und in Dänemark, wo der Staat 1910-1911 766 834 Mark für die Versicherung aufwandte, während die Gemeinden 349 948 Mark aufwanden.

— Gründung einer sozialpolitischen Konferenz des Reichsanwaltes für Angestelltenfragen. In der am 6. November abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des Ausschusses für Angestelltenfragen wurden organisatorische Fragen behandelt und seitens des Vorstandes die angestelltenpolitischen Fragen — sowohl Fragen der gegenwärtigen Reichsgesetzgebung, wie allgemeine sozialpolitische Fragen — behandelt, und zwar im Sinne einer möglichst umfassenden Zusammenfassung der in der Vorbereitung der Tagungen der Konferenz zu gebilligt werden aus einem tauglichen Ausschuss und einem technischen Vertreter des Ausschusses für Angestelltenfragen, und des Handels- und Gewerbeausschusses, Vertreter des Industriearbeits und des Kleinhandelsausschusses, eines Vertreters des Großhandels und des Kleinhandelsausschusses, welche Fragen sich zur Beratung für die Konferenz eignen, und welche Organisationen zu der Beratung eingeladen werden sollen.

wechselndes Bild in immer neuer Farbenwirkung! Das eintönig braunende Geräusch der brandenden Wogen wirkte wohlthuend auf ihre Nerven und sie träumte davon, ohne sich eines besonderen Gegenstandes bewußt zu sein, ein halbtraumhaftes, selbstvergebenes Träumen.

„Ich habe mich vorgenommen, längere Zeit hier zu bleiben, hier ist prächtig.“

„Das war recht von Ihnen, und ich hoffe, wir sehen uns jetzt öfter.“

„Ich habe mich vorgenommen, längere Zeit hier zu bleiben, hier ist prächtig.“

„Das war recht von Ihnen, und ich hoffe, wir sehen uns jetzt öfter.“

„Ich habe mich vorgenommen, längere Zeit hier zu bleiben, hier ist prächtig.“

„Das war recht von Ihnen, und ich hoffe, wir sehen uns jetzt öfter.“



Richard Lots

Merseburg, Burgstrasse 7, Fernsprecher 120

Spezialgeschäft für moderne Geschenke

Papierhandlung
Geschäftsbücher

Bürobedarf

Kunsthandlung
Schreibmaschinen

Aparte Geschenke in
Bronze, Ailsilber, Altmessing, Zinn, Porzellan u. Kristall

Künstlerischer Wandschmuck

Moderne Rahmung von Bildern

Feine Briefpapiere in
geschmackvollen Packungen

Monogramm Prägung
Namen Aufdruck

Moderne Kalender

Feine Lederwaren

Damentaschen

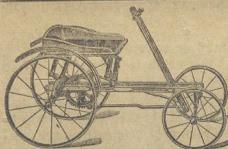
Weihnachtsausstellung

Ich bin bei dem Amts- und Landgericht zu
Halle a. S. als

Rechtsanwalt

zugelassen worden und habe das Büro des verstorbenen Rechtsanwalts Kettembell, Albert Dehnestr. 1 übernommen.

Dr. Gumtz, Rechtsanwalt.



Naethers Selbstfahrer
genannt „Fliegender Holländer“

von 9 M. an.

Alb. Kunth
Gotthardstrasse 30.

Billige Seefische,

blutfrisch, direkt ab Fischereifahrern,
Mittwoch auf dem Wochenmarkt,
Fischhandlung Zn. Staps
Standa Medaieschilderkenntlich

1a. Fett zum Backen

a Pfund 50 Pf.

empfehlen
A. Hoffmann, Hobbschächtereier,
Obere Breite Straße 4

Paul Kulicke Nachf.,

Lindenstraße 19,

empfehlen

Konserven

und

Delikatessen.

— Größtes Atelier. —
Vorzüglich eingerichtet.

Photographie Rud. Arndt,

Merseburg a. S.
Gotthardstr. 42

Blüner-Breiterei

Nach und nach wird hier ein
sauber arbeitendes
Berm. Haar ten.. Markt 3

Immer nur mit



wische ich alle Schuhe,
weil Pilo am schnellsten
und schönsten glänzt,
auch das Leder wasser-
dicht und dauerhaft macht.

Pilo Verkaufsstellen sind
durch Plakate kenntlich.

Husten-Quall!

B.-W. Bonbons sind die besten!
30, 50, 1.00 Dom-Apothete.



Adolf Kunecke,

Gutenbergstrasse 1,
empfehlen

Echt Emmenthal-Schweizerkäse
Bünd nur 1.40

Allerfeinsten Limburger Käse
Bünd nur 50 Pf.

Grosse Landkäse
garantiert reine Ware,
a Stück nur 5 Pf.

Zur Weihnachts-Bäckerei

empfehlen: Billigste Preise.
Trotzdem 5 Prozent Rabatt in Marken.

Zucker	Ia. gem. (netto)	21	Wfd.
Staubzucker	Ia.	25	Wfd.
Rosinen	große Wfd.	50, 45, 40	Wfd.
Sultaninen	ohne Stein Wfd.	70, 60, 50	Wfd.
Korinthen	Wfd.	45, 40, 35	Wfd.
Zitronat	feinste Qualität Wfd.	70, 90	Wfd.
Mohn	klar Wfd.	48	Wfd.
Mandeln	süß Wfd.	190, 170, 160	Wfd.
Mandlersatz	süß Ia.	60	Wfd.
Mandlersatz	bitter Ia.	70	Wfd.
Palmbutter	Wfd.	73	Wfd.
Zitronen	Stück 6 und 5	5	Wfd.
Eier	große (netto) Stück 8 Mandel	115	Wfd.

Backmargarine	feine	Wfd. 70, 65	Wfd.
Pflanzenbuttermargarine	sehr feine	Wfd. 80	Wfd.
Merseburger Butter	(ohne Salz) sehr beliebt	Wfd. 85	Wfd.

Ferner empfehle:

Walnüsse	neue	Wfd. 50, 45	Wfd.
Haselnüsse	neue	Wfd. 50	Wfd.
Para-Nüsse	große	Wfd. 65	Wfd.
Kamerun-Nüsse	Wfd.	40	Wfd.
Baumlichte	Karton (15, 20, 24 Stück)	30, 25	Wfd.

Baumbehang etc.

zu den bekannt billigsten Preisen.

Markt 7. **Otto Dorn.** Markt 7.
Tel. 414. Tel. 414.

Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

Nr. 283.

Mittwoch den 3. Dezember

1913.

Zweite Beilage.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 1. Dezember.) Am Reichstag erfolgte am Montag eine bemerkenswerte Rundgebung des Reichstanzlers zu den Vorgängen in Zabern. Die auf der Tagesordnung stehende Interpellation der elbischen Abgeordneten hätte dazu an sich zum Anlaß gegeben, denn man rechnete allgemein damit, daß sie erst gleichzeitig mit den Interpellationen der Fortschrittlichen und Sozialdemokraten beantwortet werden. Das Auftreten des Reichstanzlers in Zabern zum letzten Freitag hatte aber dem Reichstanzler Veranlassung gegeben, schon am Montag im Reichstag zu erscheinen, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Präsident Dr. Rosenfeld die von Zaberner Gemeindevorstand telegraphisch eingegangene Beschwerde-Resolution. Von dem sehr zahlreich erschienenen Abgeordneten wurde die Verlesung mit lauten Heil-Hör-Rufen begleitet. Zu der Interpellation der Elbiker nahm nun der Reichstanzler das Wort, um zu erklären, daß er angesichts der letzten Zaberner Vorgänge es für erforderlich halte, halbamtlich die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß die Autorität des Gesetzes ebenso geschützt werden müsse wie die öffentliche Ordnung und die Autorität der öffentlichen Gewalt. Diese deutliche Abgabe an die Zaberner Militärdiktatur wurde von allen Seiten des Hauses mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Kanzler erklärte, daß er sofort nach Abschluß der Unterladung, vorausgesetzt, daß die Angelegenheit eingehend bearbeitet werde. Es folgte dann die erste Beratung des Gegenwurfs betr. die Handelsbeziehungen zu nördlichen Reichsteile, der das am 31. Dezember d. J. ablaufende Handelsprotokoll bis zum 31. Dezember 1915 verlängern soll. Die Konventionen stellen die Unabhängigkeit für angelegt, schon jetzt den Kampf um die Erneuerung der Handelsbeziehungen eingeleitet. Während alle übrigen maßgebenden Parteien des Hauses die bedeutende Annahme der Vorlage für selbstverständlich gehalten und deshalb keine Wortmeldungen eingereicht hatten, nahm Abg. Wolke (lon.) das Wort, um die Vorlage zu bekämpfen und einen Zollkrieg mit England zu fordern. Staatssekretär Dr. Debrahl begründete demgegenüber die Notwendigkeit der Vorlage im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens und er machte, wenn auch in sehr milder Form, die Konventionen darauf aufmerksam, welche unheilvollen Wirtungen die Ablehnung haben würde. Die Abg. Wolke (lon.), Wolke (Soz.), Sebold (Soz.) und Dr. Sebold (lon.) unterzeichneten die Beschlüsse des Staatssekretärs und bekräftigten die Haltung der Konventionen, die nicht zu verfeinern sei. Abg. Dr. Pagan (Soz.) (parteil.) schloß seine Unterredung mit lebhafter Zustimmung der Mehrheit des Hauses das ausführliche Vorgehen der Konventionen als den Weg, eine Handelspolitik in Richtung auf die Wirtschaft zu entwickeln, die dem deutschen Wirtschaftsleben höhere Erträge herbeiführen würde. Unter Hinweis auf die erste Beratung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu England schloß er mit dem Wunsch, daß aus dem Handelsprotokoll bald ein Handelsvertrag mit England werden würde. Gegenüber der einstimmigen Ablehnung aller Parteien machte der Abg. Sebold seine Haltung noch einmal damit zu verfeinern, daß es ihm nur darauf ankomme, alle Vorteile England gegenüber auszunutzen und keine Handelsverträge von England's Gnade anzunehmen. Nachdem noch Abg. Bernheim (Soz.) diesen Ausführungen entgegengetreten war, wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Konventionen angenommen. Es folgte die erste Beratung des Gegenwurfs betr. die Einführung der Wiedererfassung im Disziplinärverfahren. Das Gesetz will unter gewissen Voraussetzungen den Beamten, gegen die auf Dienstentlassung erkannt ist, die Möglichkeit des Wiederernehmens geben, umgekehrt soll durch die Wiedererfassung aber auch eine strengere Befragung erzielt werden können. Staatssekretär Dr. Debrahl begründete den Gegenwurf und betonte, daß damit einem alten Wunsch des Reichstags entsprochen werde. Die Redner aller Parteien, die Abg. Landsberg (Soz.), Wolke (Soz.), Dr. Thoma (lon.), von Weitz (lon.), Reichling (Fortf. Sp.) und Dr. Pagan (Soz.) begründeten sämtlich den Grundgedanken des Gegenwurfs, äußerten mannigfache Bedenken gegen Eingestehen der Vorlage besonders gegen die Art der Entschädigung, die als unbedeutend bezeichnet wurde. Abg. Reichling beklagte bei der Gelegenheit vor allem das Fehlen der geheimen Revisionen, verzichtete aber darauf, die von ihm als notwendig bezeichnete Regelung des Revisionsrechts der Beamten mit dem vorliegenden Gegenwurf zu verknüpfen, um dessen Schicksal nicht zu gefährden. Die Vorlage wurde einer Kommission von

21 Mitgliedern zur Vorbereitung überwiesen. Am Dienstag wird mit der ersten Beratung des Etats begonnen. Außerdem werden die Bestimmungen über die letzten Wahlenprüfungen erfolgen.

(1) In den Dispositionen des Reichstags hat infolge der Zulassung der Beihilfen in Zabern eine Änderung eintreten müssen. Bekanntlich waren die Interpellationen der Fortschrittlichen Volkspartei und anderer Fraktionen über Zabern bis nach der ersten Sitzung des Etats zurückgestellt worden. Nach den neueren Vorgängen in Elbich sind die Parteien ebenso wie der Präsident des Reichstags einstimmig zu der Meinung gelangt, es sei nicht angängig, die Interpellationen so lange hinauszuschieben; sonst werde es sich nicht vermeiden lassen, daß die Angelegenheit der Zaberner Vorgänge am Montag ist deshalb vereinbart worden, daß eine Aussprache über die Zaberner Vorgänge unter allen Umständen vorangehen soll. Der Reichstanzler hat sich bereit erklärt, über diese Vorgänge Auskunft zu erteilen, sobald ihm die Berichte vorliegen, und er hat diese Bereitwilligkeit zu Beginn der Montagsitzung im Reichstag noch persönlich ausgesprochen. Er hofft, an diesem Mittwoch hinsichtlich unterrichtet zu sein, um auf die Zaberner-Interpellationen Antwort geben zu können. Auf Grund dieser veränderten Situation ist folgender Arbeitsplan des Reichstags in Aussicht genommen: Am Dienstag werden die Erörterungen von Staatssekretär sowie von etwaigen sonstigen Regierungsvertretern eingeleitet. Am Mittwoch sollen die Interpellationen über Zabern auf der Tagesordnung gestellt werden. Falls der Reichstanzler sie dann noch nicht beantwortet haben, werden sie auf Donnerstag verschoben, während am Mittwoch andere Vorlagen zur Beratung gelangen. Die erste Beratung des Etats soll erst nach Abschluß der Interpellationen zur Fortsetzung kommen, das heißt also erst am Freitag, eventuell erst am Sonnabend.

(2) Wie wir oben, wird der Reichstag am Dienstag nur die Neben der Staatssekretäre zum Etat entgegennehmen und sich dann unterbreiten. Auf keinen Fall wird er in die Beratung des Etats eintreten, ehe die Interpellationen über Zabern Frage erledigt sind. Die Beratungen derselben wird wie der Reichstanzler andeutete, am Mittwoch stattfinden.

(3) Gemeiner Zylinder Dr. von Krause, erster Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, legte am Sonntag in Königsberg sein 50jähriges Jubiläum als Abgeordneter für Königsberg. In einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung wurden die Verdienste der Nationalen Königsbergs und Dippensens, des Zentralvorstandes der Partei, der nationalliberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses und des Reichstages und der fortschrittlichen Volkspartei Königsbergs und Dippensens überbracht, worin der Jubilar, der selbst begrüßt wurde, herzlich dankte. Am Nachmittag fand aus dem gleichen Anlaß ein Festessen statt.

(4) In der Kommission zur Beratung des Entwurfs, betr. Änderung der Zeugen- und Sachverständigengebühren ist die fortschrittliche Volkspartei durch die Abg. Dr. Saas und Sieber vertreten. Vorsitzender ist der konservative Abg. Dr. Gies.

(5) In der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfs über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes ist die fortschrittliche Volkspartei durch die Abg. Dove und Waldstein vertreten. Abg. Dove ist Vorsitzender der Kommission.

(6) Zwei weitere Anfragen sind dem Reichstag zugegangen. Abg. Dr. D. u. d. Frankfurt (Soz.) fragt, ob es richtig sei, daß der Reichstanzler und die ihm nachgeordneten Ämter bereits seit längerer Zeit mit den Organisationen der Unternehmer der verschiedenen Gewerbegruppen über die Erneuerung der Handelsverträge verhandeln, und weshalb, falls dies richtig sei, zu diesen Verhandlungen von der Regierung nicht gleichzeitig auch die Berufsorganisationen der Arbeiter hinzugezogen werde. Eine Anfrage der Abg. Feldmann und Sasse lautet: Ist dem Reichstanzler bekannt, daß in den schließlichen Kreisen Striegau, Schweidnitz und Waldenburg infolge der dort ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche eine monatliche Viehschlachtung noch Klauenlos stattfinden, und daß durch den hierdurch verursachten Schaden eine große Aufregung unter den kleinen und mittleren Landwirten entstanden ist? Was gedenkt der Herr Reichstanzler zu tun, um die betroffenen Landwirte ausreichend Schadlos zu halten?

(7) Der Schluß der Arbeitswiltigen. Die Konventionen werden sich abends mit ihren parlamentarischen Wünschen. Die konservative Reichstagsfraktion hat folgenden Initiativantrag eingebracht: den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichstags-

gesetzbuchs dem Reichstag einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Auslieferungsrechts geschaffen, dem immer stärker ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswiltigen Arbeitern ansehnlichen entgegenzutreten, insbesondere aber das Streiklophen verboten wird.

Bisher hatten die Konventionen ihre Wünsche in Form einer Resolution zum Etat des Reichstags des Innern formuliert. Diesmal sollen sie einen direkten Initiativantrag stellen. Sie wünschen also, daß über diese, vor allem durch das „Geistige“, „Arbeitswiltigen“ in den Vordergrund gestellte Frage möglichst bald und getrennt im Reichstag debattiert wird.

(8) Schutz des Wahlgeheimnisses. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Den Reichstanzler um Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zum Schutze des Wahlgeheimnisses gegen amtliche und private Nachforschungen über die Ausübung eines auf Geheiß der Wähler geheime Wahlrechts zu ersuchen.

Vermischtes.

* Schredensstafel eines Bahnhofs. Eine schreckliche Szene hat sich Sonnabend gegen 7 Uhr auf dem Bahnhof in Monte Carlo abgepielt. Bei der Ankunft des Zuges von Nizza trafen sich plötzlich ein Heilender mit einem langen Koffer auf die auf dem Bahnhofs liegenden Reisenden und teilte nach allen Seiten Seite aus. Er drang in die Wagen des Zuges ein und verbreitete überall Panik. Erst nach einem erbitterten Kampf gelang es, den Geisteskranken zu immobilisieren. Am ganzen Tag 12 Personen von ihm mehr oder minder schwer verletzt worden. Panik von ihnen mußten sofort ins Spital gebracht werden, von denen einer in Lebensgefahr schwebt. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen Kellner namens Josef Giambelli handelte, der während der Reise nach Monte Carlo plötzlich wahnsinnig geworden war.

* Verhaftung eines Geisteskranken. Ein Geisteskranker in der Gegend von Nizza wurde verhaftet. Es handelt sich um den Verräter eines Wahlgeheimnisses, dessen Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten war. Näheres ist zur Stunde nicht zu erfahren, da die Behörden strenges Stillschweigen beobachten.

* Väter Kinder einer Familie an Schmalz gestorben. In der Familie W. in der Ortsteil Obdörfen bei Wittenbrunn erkrankten vier Kinder an Schmalz und verstarben in voriger Woche, worauf im Laufe dieser Woche die übrigen vier Kinder der Familie starben.

* Wort auf der Landstraße. Aus Budapest wird gemeldet: auf der Landstraße nach Klauenburg wurde in der Nacht der Tod der Kaiserin Maria Theresia aus dem Hinterland ertötet und dann beseitigt. Den Wörtern hierfür gegen 40000 Kronen in die Hände gefallen sein, die der Wächter von einem Selbstmörder vor der Stadt geholt hat.

* Ein russischer Kreuzer auf ein Schiff geraten. Der russische Kreuzer „Ural“ ist am Sonnabend auf der Fahrt von Sialta nach Sebastopol in der Nähe der Bucht von Nizza auf ein Schiff geraten. Infolge drahlender Telegraphie eilte der Kommandeur der Schwarzen-See-Flotte, Admiral Gerschak, auf einem Torpedoboot an die Unfallstelle. Verschiedene Nordwind und starke Brandung verhinderten die Entladung der im Hafen befindlichen Rettungsapparate. Die Lage des Kreuzers ist als kritisch. Seine Mannschaft ist an Land gegangen. Ein Kutter des Kanonenbootes Kaduz, der zu Hilfe geschickt wurde, schlug an. Zwei Rettungsboote an die Unfallstelle. Verschiedene Nordwind und starke Brandung verhinderten die Entladung der im Hafen befindlichen Rettungsapparate. Die Lage des Kreuzers ist als kritisch. Seine Mannschaft ist an Land gegangen. Ein Kutter des Kanonenbootes Kaduz, der zu Hilfe geschickt wurde, schlug an. Zwei Rettungsboote an die Unfallstelle.

* Tödlicher Unfall einer Krankenschwester. In Schwabinger Krankenhaus in München wurde eine junge Krankenschwester beim Reinigen eines Speicheraufsatzes von dem plötzlich niederfallenden Kasten des Geräts eingedrückt. Es wird angenommen, daß sie bei ihrer Arbeit an den Schel des Aufsatzes gekommen ist.

* Bei einer Fuchsjagd verunglückt. Aus Rom wird gemeldet: Am Freitag fand die erste der berühmten römischen Fuchsjagden in dieser Saison statt. Die Jagd verlief außerordentlich spannend, wurde jedoch ohne entsetzliche Fuchsfälle. Sechs weitere Fuchsen beim Sprung über ein schweres Gitternetz, unter ihnen die als schwebende Reiterin bekannte Gräfin Kaulow und der Leher am Armeerevierintendanten Lieutenant Zaffarati, der einen Hüftschlag ins Gesicht erhielt. Die nicht transportfähigen Verunglückten mußten in einem Bauernhof nahe bei der Unfallstelle untergebracht werden.

1903 **Mein grosser Jubiläums-** 1913

Weihnachts-Verkauf

in Spielwaren und Geschenkartikeln

bietet Ihnen in allen Abteilungen enorme Vorteile. — Vor Einkauf vergleichen Sie daher bitte meine Preise mit anderweitigen Angeboten.

Spielwarenhaus Wilhelm Köhler, Gotthardstr. 5.

Zum 1. Mal in Oberbeuna!
Gasthof z. Krone
 Donnerstag den 4. Dezember 1913
 die berühmten
Leipzig Krystallpalast-Sänger



Leipziger erste Herrenengesellschaft, Begründet 1889.
 Bischoff, Klein, Fensch, Schmidt u. (10 Personen.)
 Unter anderem: **Stürmische Geleiterleit.**
Der Stolz der 6. Kompagnie.
 Urkomische Vorträge.
Anfang präzis 8 Uhr. Anfang präzis 8 Uhr.
Eintrittskarten im Vorverkauf find im Gasthof zur Krone zu haben.

Ihr Piano steht nicht mehr unbenutzt da, wenn Sie eine
HUPFELD - PHONOLA

anschaffen. Die Phonola, welche an jedes Piano oder jeden Flügel mühelos angestellt werden kann, ermöglicht ihnen sofort künstlerisches Klavierspiel. Wenn Sie eine Phonola besitzen, erwacht neues Leben in Ihrem Heim, Sie werden schöne musikalische Stunden erleben, die Ihnen viel Freude an eigenen Können bereiten. — Verlangen Sie bitte gratis die Phonola-Broschüre. — Alleinverkauf für Merseburg nur durch

ALBERT HOFFMANN

Pianomagazin **Halle a. d. S.** Am Riebeckplatz
 Unverbindliche Vorführung jederzeit in meiner Phonola-Abteilung.

(20. Ziehung 5. Kl. 3. Preuss.-Süddeutsche
20. Königlich Preuss.) Klassenloterie

Ziehung vom 1. Dezember 1913 nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, unter denen eine auf die Loszahl Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

244 200 440 95 599 710 835 951 1028 304 14 408
 72 [500] 844 676 756 801 912 94 2160 74 88 223
 [1000] 26 61 478 524 46 75 633 625 61 81 78 931 3134
 322 428 65 633 727 69 616 133 1110 1000 [1000]
 848 80 408 520 42 62 693 93 5029 75 77 [1000] 249
 935 625 98 [1000] 760 600 67 6019 88 371 659 [500]
 779 850 983 89 708 222 71 707 600 600 600 600
8200 579 628 736 857 1002 92 962 9043 88 128 49
323 739 813 923
10028 147 802 6 656 716 62 11050 247 [1000]
380 [1000] 472 [1000] 772 804 810 64 12000 [1000]
 96 108 23 206 98 628 12032 99 125 224 69 [1000] 497 558
 [500] 659 753 818 [1000] 14108 714 80 915 18792
 98 164 84 67 18100 24 261 603 659 80 71 912
 84 [1000] 17079 95 419 42 66 82 593 658 726 921
 13046 60 82 121 [1000] 73 253 430 77 [1000] 941 96
 673 79 739 830 42 938 19 71 [500] 672 [1000] 713 89
20360 351 639 62 21034 61 [3000] 71 135 87
[500] 351 73 [1000] 854 [1000] 814 748 63 914 31
22012 351 75 618 762 99 869 [1000] 23031 286 456
 [500] 595 24068 70 204 340 447 [500] 516 635 25114
 [1000] 727 823 30 60 835 26389 713 27293 453 528
 901 28468 84 61 658 791 807 [1000] 30 29148 455
 583 639 [1000]

31 29 98 274 70 312 593 68 638 745 801 110013 510
 83 68 477 62 690 70 632 [1000] 10000 15 [500] 53
 314 403 524 [500] 72 799 [3000] 871 927 [1000]
 11710 63 83 252 411 67 602 98 634 97 39 118957
 189 442 [1000] 63 698 778 [500] 884 445 11933 67
 [500] 121 [500] 36 232 [1000] 75 304 94 578 633 95 770
 65 93 33
120300 127 857 519 [500] 650 725 41 55 63 71
990 121257 [3000] 375 800 894 793 895 122020 22
482 512 800 95 719 43 895 12211 337 312 48 745
834 [1000] 44 124055 99 189 223 74 340 58 88 422
732 44 78 897 125078 70 188 344 430 58 [1000] 674
799 38 128075 189 333 453 505 90 917 31 40 53
95 63 127146 219 332 59 423 75 613 45 835 992
 [500] **128029 [1000] 254 355 432 88 200 [1000] 99**
 95 902 82 20 [500] 714 62 122015 257 307 13 43
 45 427 75 89 504 [500] 608 34 920 85
130050 [1000] 69 117 40 240 343 555 83 694 850
68 630 13100 10 108 15 100 1000 408 43 823 90
800 10 31 705 852 [500] 132113 240 300 39 83 134227
133290 67 379 744 [3000] 65 815 930 39 83 134227
673 634 703 74 792 195108 24 237 326 [3000] 430
788 915 99 133027 185 228 408 300 83 49 130
137148 95 [500] 89 630 646 833 979 [3000] 55 564
[500] 85 107 210 412 24 654 [500] 723 31 808 39
961 51 139077 284 [1000] 374 62 87 871
140003 70 131 261 359 433 88 [500] 602 743
[1000] 52 60 941 141051 248 84 214 444 558 623 64
64 74 824 737 828 69 920 92 [500] 63 [1000] 132095
92 142207 424 35 77 319 81 379 142314 352 144011
64 113 307 30 697 848 145090 10 388 555 [500]
607 31 83 40 843 935 145043 [500] 914 210 411
[1000] 742 887 976 147102 92 [1000] 481 [500] 792
75 850 673 148124 35 38 221 983 149283 374 881
740 605 835 839 [1000] 66 28 [500] 600
150040 267 624 76 70 708 151004 14 [1000]
209 314 [1000] 643 649 57 700 152050 67 127 277 354
64 74 824 737 828 69 920 92 [500] 63 [1000] 132095
14 81 890 553 642 833 [500] 925 154058 165 249 439 85
95 537 71 708 [1000] 90 843 914 [500] 38 [1000] 84
155005 15 2532 32 60 60 60 60 60 60 60 60 60 60
98 176 234 68 352 429 603 73 706 617 20 908 [500] 14
157032 209 65 335 37 68 473 638 604 45 40 615
158194 368 422 554 601 721 [1000] 165939 42 121
440 593 61 [3000]
160048 225 87 80 683 721 830 42 017 [1000] 11
161082 350 452 675 738 60 329 75 922 74 162089
183 80 [1000] 641 70 [500] 772 875 677 [500] 183079
39 92 476 121 60 60 60 60 60 60 60 60 60 60 60
301 39 78 163028 188 244 508 405 67 [500] 634
749 311 638 158243 243 631 670005 152 30 65 808
67 710 629 932 463038 93 60 60 60 60 60 60 60 60
40 89 16979 89 116 235 328 31 [500] 529 670
170048 85 [1000] 652 81 60 60 60 60 60 60 60 60
944 171010 94 127 381 [1000] 89 492 604 [500] 635
948 48 739 625 623 70 172033 307 320 568 777
634 629 172010 93 265 64 370 80 645 651 67 1002
828 48 174078 178 300 [3000] 80 448 665 784 [500]
61 638 88 175173 298 389 771 [3000] 973 176096
118 241 247 423 423 793 80 [1000] 641 910
177008 85 100 83 [500] 302 10 77 405 [3000] 676
855 858 622 93 [500] 178112 14 63 265 [500] 675
955 458 728 89 859 64 919 71 173098 93 702 64
180139 46 [1000] 225 303 [3000] 9 625 51 985 95
181155 446 60 587 518 935 73 182111 17 848 [500]
183028 344 [500] 95 [500] 446 [500] 601 685 932
184027 [1000] 130 204 23 78 710 15 635 922 62 89
185078 252 407 75 77 87 708 800 185028 63 81 84
149 99 226 312 14 [1000] 465 81 60 60 60 60 60 60
[1000] 356 531 32 627 188042 62 209 75 55 93
186015 114 32 [500] 71 218 300 48 665 64 72
683 67 91
190031 188 238 390 459 584 617 71 [1000] 895
[1000] 937 68 91 [5000] 131102 62 627 193901 14 16
[3000] 761 651 92 72 [500] 222633 172 282 [1000] 84
652 [1000] 618 65 822 651 98 190402 706 767 95
635 955 195037 115 [1000] 61 320 83 87 352 60 546
189009 189 94 822 600 [500] 1100 [500] 19700 80
655 606 779 800 [1000] 64 198000 42 48 307 65
527 89 50 [500] 678 756 65 814 [500] 680 88 199793
447 54 69 82
200070 [500] 105 241 674 758 883 944 201038
66 66 394 626 30 [500] 100 45 65 83 728 [500] 905 89
202001 100 70 231 610 95 684 748 95 805 828 [3000]
43 83 203025 238 372 79 425 60 700 9720 240513 635
63 756 904 [1000] 205082 [1000] 115 63 [500] 652
892 95 787 895 608 30 87 81 [500] 20607 116 81
892 95 [500] 621 874 207300 250 481 88 608 659
972 208289 74 148 600 8 770 800 [500] 67 383 69
208154 285 434 40 74 73 651 697 774 931 [500]
210046 131 220 44 324 48 45 613 798 [1000] 99
211050 175 239 368 745 822 953 68 212067 99 138
654 792 213189 928 61 71 214051 [3000] 635 834
670 823 49 62 [500] 977 215004 130 70 278 893 664
82 809 37 38 70 200 216191 213 [500] 65 432 42
658 [1000] 897 95 [500] 217011 89 48 [500] 66 71
67 204 81 83 343 520 82 880 89 610 219 45 25 213333
487 [500] 617 655 708 68 613 60 219148 282 847
427 62 95 784 97 608
220075 349 69 442 589 [1000] 90 608 899 221023
92 144 626 30 [500] 381 454 88 692 639 885 222244
66 625 630 42 97 605 703 223633 172 282 [1000] 84
638 628 628 39 731 70 99 [1000] 930 [1000] 224538
688 79 81 80 69 81 935 47 225011 290 493 665
615 [1000] 226867 528 434 81 81 81 81 81 81 81 81
61 [1000] 870 228152 512 489 672 [1000] 844 229159
[3000] 71 718 845 [500]
230000 92 174 295 75 319 720 99 904 231205
59 60 409 32 61 618 792 [500] 833 [500] 695 [1000]
232105 206 9 60 405 691 698 233433 603 51 [3000]
48 651 719 56

Ratskeller Merseburg

Für die mir aus Anlass der Inbetriebnahme des Ratskeller-Restaurants so überaus zahlreich übermittelten freundlichen Glückwünsche und Blumen-spenden gestatte ich mir auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank anzusprechen.

Merseburg, 2. Dezember 1913,
Otto Kießler
 Ratskellerwirt.

Dieters Restauration
 Inf. Herrn. Gutz.
 Jeden Mittwoch und Freitag
Schlachtfest.

Goldene Kugel.
 Donnerstag
Schlachtfest
 Mittwochabend
Bratwurk.

Merseburger Musikverein.
 Freitag den 5. Dezember 1913
 7 Uhr im Königl. Schloßgarten-salon
Symphonie-Konzert
 der Fassung des Hof-Operellen
 unter Leitung des Herrn General-musikdirektors Franz Wilczek und
 unter Mitwirkung des Herrn
 Hofkonzertmeisters Oskar Jabe-
 mann aus Leipzig (Violine).

Symphonie-Konzert
 der Fassung des Hof-Operellen
 unter Leitung des Herrn General-musikdirektors Franz Wilczek und
 unter Mitwirkung des Herrn
 Hofkonzertmeisters Oskar Jabe-
 mann aus Leipzig (Violine).

Program.
 1. Fr. Schubert: Unvollendete
 Symphonie, 2. Beethoven: Violin-
 konzert, 3. a) Veritas: Carnival
 roman in 3 Act; b) H. Wagner:
 Siegfriedlied; c) Liszt: Les
 Preludes.

Im Anzeigengange sind die Mit-
 gliedsarten vorzugeben.
 Sperrkarten für Mitglieder
 zu 75 Pf. in der Stoffbücherei
 Buchhandlung vom Mittwoch den
 26. d. M. ab nur gegen Vorlegung
 der Mitglieds-Karte. Gebüh-
 rennummerierte Eintrittskarten für
 Nichtmitglieder zu 3,50 Mk.

Strandhölzchen.
 Jeden Mittwoch
Wänsen.

Hoffischerel.
 Mittwochabend
Schlachtfest.

Siebers Restauration.
 Mittwoch
Schlachtfest.

Zum alten Dessauer
 Donnerstag Schlachtfest.
Brenkischer Adler
 Mittwoch
Schlachtfest.

Ein Dienstmädchen.
 nicht unter 18 Jahren, wird so-
 fort gesucht. Wo? In d. Cr. d. Bl.
 Eine fleißige, unabhängige
Frau zur Aufwartung
 wird sofort gesucht.
 Gothaerstraße 30, part.

Sür die armen Kinder
des Neumarkts
 soll auch in diesem Jahre eine
Weihnachts-Eicherung ver-
 anstaltet werden.
 Gaben der Liebe nehmen dazu
 entgegen Bachmeister a. D. Busch,
 Neumarkt 83, Farrer Post, Neu-
 markt 69.

Der heutigen Gesamt-
 anlage liegt ein Pro-
 spekt der **Mühlmäh-**
Werkzeuge u. s. w.
 Dielefeld, bei, **Reiterte**, Max
 Schneider, Merseburg, Schmalle
 Straße 10.

Verein für Heimatkunde
 e. V.
General-Versammlung
 am Montag den 15. Dezember.

Ein neues Goldland
 stellen wir Ihnen zur Verfügung,
 indem Sie die Uebernahme des
 Allein-Verkaufs untes Welt-
 weits für Stadt und Kreis
 Merseburg übernehmen. Zu
 melden Mittwoch vormittag von
 10-1 und nachm. 3-5 bei Stein,
 Spiel zur Seite.

Correspondent.

Abzugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Die Abnahme von unsern Ausgabenstellen; bei Zustellung ins Haus durch unsern Kurierdienst in der Regel und auf dem Lande an anderen Orten; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Porto. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit den Ausgaben sonntagsausgenommen. — Die Abnahme von unsern Originalen ist nur mit beifolgender Quittungsbekanntgabe gestattet. — Die Abnahme von unsern Originalen ist nur mit beifolgender Quittungsbekanntgabe gestattet.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neuesten Marktnotizen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum die Wochensumme und ohne Umhangung 10 Pf. Die zweite Beilage 20 Pf., die dritte 30 Pf., die vierte 40 Pf. Bei fortwährender Anzeigendauer nach Vereinbarung. Für Anzeigen in den Beilagen sind besondere Berechnungen, nach Anweisung mit Vorzugsplatz, Erklärungsart, Zeitdauer, etc. anzusetzen. Für die ersten 5 Zeilen der ersten Beilage 10 Pf., für die übrigen 5 Pf. pro Zeile. Für die zweite Beilage 15 Pf., für die übrigen 10 Pf. pro Zeile. Für die dritte Beilage 20 Pf., für die übrigen 15 Pf. pro Zeile. Für die vierte Beilage 25 Pf., für die übrigen 20 Pf. pro Zeile.

Nr. 283.

Mittwoch den 3. Dezember 1913

40. Jahrg.

Schlechte Ausreden.

Die konservative Partei hat im letzten Frühjahr mit großer Emphase durch ihre Vorführer erklären lassen, daß für sie die Militärvorlage und Dedungs-vorlage ein ungerichtbares Ganzes bildeten, und daß man das eine nicht ohne das andere bewilligen dürfe und könne. Als es aber zum Klappen kam, stimmten die Konservativen gegen die Vermögenszuwachssteuer, die nebst den anderen, gleichzeitig zur Beratung stehenden Steuern ausdrücklich zur Dedung der neuen Heeresvorlage bestimmt war, sie haben damit also dem Reiche die zu seiner Verteidigung nötigen Mittel vorenthalten. Das ist so klar, daß man darüber eigentlich kein Wort verlieren könnte. Die Konservativen aber, die je länger je mehr gespürt haben, wie dies so ganz und gar nicht „nationale“ Verhalten von ihren eigenen Wählern im Lande mit großem Befremden aufgenommen wird, bemühen sich durch Aufwendung vieler Worte und lebhaften Versicherungen, die unbenommen Kritiker zum Schweigen zu bringen. Deshalb haben sie den Führer der Partei in Steuerfragen, den Abg. Grafen v. Westarp, veranlaßt, eine ziemlich umfangreiche Broschüre zu schreiben, die den Titel trägt: „Die Wehr und Dedungsvorlagen des Jahres 1913 und die konservative Partei“ herausgegeben vom Hauptverein der Deutsch-Konservativen in Berlin, und die, wie die „Fr. Ztg.“ schreibt, dazu bestimmt ist, die konservativen Wahlkreise von allen Vorwürfen rein zu waschen.

Ein fruchtloses Bemühen! Was soll es beispielsweise bedeuten, wenn Graf Westarp glauben machen will, der Widerstand der Konservativen gegen eine reichseigene Vermögens- und Vermögenszuwachssteuer u. beruhe nur auf staats- und verfassungsrechtlichen Bedenken, nämlich auf der Erwägung, daß diese Steuern die Einzelstaaten mediatisiert und ihrer Selbständigkeit beraubt werden würden? Daß dies allein oder auch nur in erster Linie für die Konservativen maßgebend gewesen sein soll, glaubt selbst der stärkste Mann nicht; weiß man

Um die Ablehnung der Vermögenszuwachssteuer nicht so bedeutungsvoll erscheinen zu lassen, betont Graf Westarp immer wieder, daß seine Partei doch dem einmaligen Wehrbeitrag zugestimmt habe. Nun haben aber die Konservativen auch dieses Gesetz verschlechtert, indem sie die Doppelbesteuerung bei den Aktiengesellschaften zur Annahme brachten. Der Verfasser der Broschüre sucht allerdings auch diese Abmilderung zu rechtfertigen — mit welchen Argumenten, dafür ein Beispiel! Er schreibt:

„Es ist doch nicht richtig, wie es uns manchmal vorgehalten wurde, daß schließlich womöglich auch eine Witwe ihr ganzes kleines Vermögen, wovon sie leben soll, in Aktien anlegt, oder wenn sie das tut, dann wirtschaftet sie jedenfalls sehr leichtsinnig. Denn der Anspruch auf Dividende ist feinfester Festig, auf den jemand, der ein kleines Vermögen hat, seine ganze Existenz aufbauen kann.“

Einen Anspruch auf Dividende erkennt der Herr Graf also nicht an, eine Bodenrente dagegen beanspruchen die Konservativen nachdrücklich, und zwar eine recht fetter! Aus den obigen Worten spricht überhaupt wieder der ganze gewerbedeindliche und industrieindische Geist der Junker, den sie auch bei der Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften bestätigt haben.

Zu guter Letzt kommt dann die Broschüre mit derselben Ausrede, die die Konservativen sich schon vor fünf Monaten ausgesprochen haben, und die sie geltend machen, wenn alles andere nicht zurecht will. Graf Westarp erklärt: Auch wenn dadurch eine Lücke entstanden wäre, daß die Vermögenszuwachssteuer durch die Konservativen, die Besitzsteuer der Regierung durch die Liberalen abgelehnt wäre, auch dann wäre das für die Militärvorlage erforderliche Geld ebenso gesichert gewesen, wie nach der Regierungsvorlage; denn nach der Verfassung seien die Einzelstaaten verpflichtet, den Fehlbetrag im Reiche durch Matrularbeiträge aufzubringen. Wäre es also nicht zu einer Mehrheit im Reichstage für irgend eine Besitzsteuer vorlage gekommen, dann hätten eben die Einzelstaaten mit Hilfe der Matrularbeiträge das erforderliche Geld hergeben müssen.

Es fällt schwer, bei einem solchen Einwand ernst zu bleiben. Wenn die Konservativen wirklich diese Überzeugung hätten, weshalb haben sie sich dann seit Jahrzehnten mit der Einführung und Bewilligung von Reichssteuern beplagt? Dann hätten sie doch alle Bedürfnisse des Reichs auf die Matrularbeiträge abwälzen und den Einzelstaaten die Aufbringung der Steuerlasten übertragen sollen. Das würde ja auch den föderalistischen Anschauungen der Konservativen sehr gut entsprechen — wenn es nur durchführbar wäre. Aber das ist es eben nicht! Aus dem gleichen Grunde haben wir trotz der Matrularbeiträge im Reiche eine Schuldenlast von fünf Milliarden.

Es ist verwunderlich, daß ein so klar denkender Kopf wie Herr Westarp mit derartigen kindlichen Entschuldigungen kommt. Aber das beweist eben, wie schwach die Position der Konservativen in dieser Angelegenheit ist. Diese Partei würde jedoch niemals in eine derartige heikle Lage gekommen sein, wenn sie sich nicht seit Jahren in der Steuerfrage so unheilbar verannt hätte. Sie wäre um den Reich der Vermögenszuwachssteuer herumgekommen, sofern sie sich bereit erklärt hätte, an der Erb- und Einkommensteuer mitzuarbeiten. Aber da liegt der Ursprung allen Übels. Obwohl die Besteuerung des Kleinverdieners weder konservativen noch spezifisch agrarischen Grundfragen widerspricht, obwohl im Gegenteil konservative wie Agrarier noch vor wenigen Jahren dieser Besteuerung wohlwollend gegenüberstanden haben, ist die Erbschaftsteuer plötzlich für die Partei der Rechten zum roten Fuch geworden, dessen Anblick ihr jede Besinnung raubt. Uns will scheinen, es wird dem Junker noch mehr als einmal gereuen, sich mit dem Wüten gegen die Erbschaftsteuer in eine üble Sadegasse verrannt zu haben.

Der „Wahlrechtsraub“ in Altona.

Die Redensart vom Wahlrechtsraub in Altona, die von der Sozialdemokratie gegen die fortschrittliche Volkspartei vorgebracht wurde, ist durch den Ausgang der vorigen Stadtverordnetenwahlen glänzend ab absurdum geführt worden. Bekanntlich protestierten die Sozialdemokraten dagegen, daß die Stadt Altona in Bezirke eingeteilt und die Wahlen nach diesen Bezirken stattfinden sollten; sie glaubten nämlich, die Majorität über die ganze Stadt erhalten und damit sämtliche Mandate erobern zu können. Sie behaupteten daher die Liberalen des „Wahlrechtsraubs“, weil sie die vernünftige Einteilung in Wahlkreise vornehmen und so verhindern wollten, daß alle Sitze in der ganzen Stadt einer und derselben Partei zufallen würden, was sicherlich ungerecht ist.

Die Wahlen haben nun ergeben, daß die bürgerlichen Wähler erfreulicherweise über die ganze Stadt gerechnet die Mehrheit bilden. Und zwar erhielten sie am ersten Wahltage 7974 und die Sozialdemokraten 7665 Stimmen, am zweiten Tage jene 7839 und die Sozialdemokraten nur 7466 Stimmen. Wenn es nach dem Willen der Sozialdemokraten gegangen wäre und die ganze Stadt einen einheitlichen Wahlkreis gebildet hätte, so hätten also die Sozialdemokraten nicht ein einziges Mandat erhalten. Sept aber haben sie es den Liberalen in der Stadtverordnetenversammlung zu verdanken, daß ihnen von den zur Wahl stehenden 15 Mandaten immerhin 6 zugefallen sind. Denn sowohl im zweiten wie im fünften Bezirk der Stadt konnten sie die Mehrheit erringen und daher die dort anstehenden Mandate erwerben. Es zeigt sich hier die ganze Torheit des sozialdemokratischen Geschreies; gerade die Einteilung der Stadt in Bezirke sichert den Sozialdemokraten Mandate, die sie sonst nicht erhalten hätten.

Erfreulich ist bei der Wahl in Altona das Wachstum der bürgerlichen Stimmen, die um mehrere Hundert zunahm, während auch hier die Sozialdemokratie trotz ihrer pompösen Worte von „Wahlrechtsraub“ usw. einige hundert Stimmen einbüßte.

Zabern und der Reichstag.

Aber die Zaberner Vorgänge herrscht überall im Bürgerium Entrüstung. Und auch die Organe der öffentlichen Meinung sind in ihrer überwiegenden Mehrheit darin einig, daß die Herrschaft des Militärs in Zabern auf ungesetzlicher Grundlage beruht und daß schleunigste Remedur geschaffen werden muß, um das Ansehen des deutschen Landes vor Übergreifen zu schützen. Nur die agrarische Presse scheint sich in ihrem Säbelstapelton nicht der Tatsache bewußt zu sein, eine wie außerordentlich schwere Schädigung des deutschen Namens in dem Verhalten der betr. Offiziere vom 99. Regiment liegt. Die „Deutsche Tageszeitung“ wenigstens regt sich keineswegs über die unerhörten Taten in Zabern auf, wohl aber über die „Übertreibungen“, die die Pariser Presse vorgenommen haben soll. Daß für die französischen Blätter die Angelegenheit ein gefundenes Fressen ist, wer kann ihnen das verargen? Daß aber nicht hier, sondern eben in den Taten des Militärs der Ursprung des Skandals liegt, darüber sollte sich doch jeder nationalgefunte Mensch ohne weiteres klar sein. Man sieht auch hier wieder einmal, wie der Übermilitarismus geradezu dahin führt, die nationale Würde in den Hintergrund treten zu lassen.

Wir Liberalen sind uns in diesen ersten Tagen darin einig, daß das Schmerzlichste bei den Zaberner Vorfällen die Beeinträchtigung des deutschen Ansehens ist. Diese Beeinträchtigung liegt darin, daß die Militärverwaltung sich über die gesetzlich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bestellte Zivilverwaltung hinwegsetzt und eine Schandesherrschaft aufrichtet, die jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt. Die Hüter des Vaterlandes und des Gesetzes in einer Tätigkeit, die den Gelehen des Landes zuwidersteht!



Bitte beachten Sie, dass die Farben der Abbildung nicht unbedingt die tatsächlichen Farben der Originalabgebildeten darstellen. Ist das Konsequenz oder Demagogie?